

Frau Bergmann-Gries fragte aufgrund der beiden Anfragenbeantwortungen nach, ob der Prozess verwaltungsintern zu der „Alternativschule“ jetzt doch so weit vorangeschritten sei, dass man beabsichtige, den Schulausschuss zu informieren und die erst kürzlich verabschiedete Schulentwicklungsplanung wieder zu öffnen.

Sie möchte darüber hinaus wissen, ob die Verwaltung Kenntnisse darüber habe, ob auf dem Areal „Freie Buschstraße“ Restriktionen, wie Bunker oder Leitungen, im Gelände bestehen, die der vor Jahren angedachten Bebauungen, Wohnungen oder Begegnungsstätte, entgegenstehen.

Der Bürgermeister stellte klar, dass von Seiten der Verwaltung der „Alternativschule“ keinerlei Zusagen gemacht worden seien. Sie sei an die Verwaltung herangetreten und dies sei ein Thema, bei dem die Verwaltung es dann auch als ihre Pflicht sehe, sich damit zu beschäftigen. Es sei selbstverständlich ganz wichtig, dass dem beschlossenen Schulentwicklungsplan weiter gefolgt würde.

Herr Doğan bestätigte, dass es keine Gedanken gebe, diesen Prozess weiter zu verfolgen. Bisher hätte sich der Träger nur mit einer Idee vorgestellt und die Verwaltung hätte bei dieser Erstvorstellung auf den Schulentwicklungsplan hingewiesen. Eine staatliche Ersatzschule würde im Schulentwicklungsplan nicht weiter berücksichtigt. Sie nehme gegebenenfalls Ressourcen, gebe aber keine zurück. Sie hätten den Träger auch explizit gebeten auf die Fraktionen und Parteien zuzugehen, um sich ihnen schon mal vorzustellen. Mittlerweile liege der Verwaltung ein Letter of Intent vor, daher sei jetzt der Zeitpunkt, wo sich der Träger auch im Schulausschuss vorstellen könnte und der Schulausschuss seine schulentwicklungspolitische Meinung dazu äußern könnte. ER habe bereits im ersten Termin als größte Bauchschmerzen angemerkt, dass sportpolitisch eine eigene Sporthalle gebaut und Schwimmzeiten aus unserer Schwimmlandschaft herausgelöst werden müssten. Er habe deutlich gemacht, dass dies nicht zu Lasten der bestehenden Schulen gehen dürfe.

Bezüglich der Fragen nach Restriktionen auf dem Areal „Freie Buschstraße“ sagte Herr Knipp, dass es dort einen alten Bunker gebe, der sehr ungünstig in dem Gelände liege und dadurch eine Bebauung sehr einschränke. Der Denkmalschutz des Gebäudes und der alte Lehrergarten seien weitere Restriktionen dieses Areals. Bezüglich Leitungen könne er auswendig nichts sagen.

Herr Metz fragte zu der Beantwortung auf die Anfrage seiner Fraktion nach, bei Frage drei, „Sofern ein Projekt im Ortsteil Niederpleis in der Priorität nach hinten verschoben wird, ist ein Start des erforderlichen Bebauungsplanverfahrens im Jahr 2023 möglich“, welches Projekt hier verschoben werden könnte. Er regte an, aufgrund der Unsicherheiten in der Beantwortung zu diesen Anfragen, dass nach der Sommerpause zu dieser Thematik und einem evtl. Gesamtkonzept eine Vorlage zur Beratung in den entsprechenden Gremien erstellt werden sollte.

Herr Knipp sagte, dass dies der versteckte Hinweis sei, dass es derzeit personell nicht leistbar sei, ein Bebauungsplanverfahren für dieses Areal zu starten. Vor Erstellung eines Gesamtkonzeptes müsse als erstes überlegt werden, welche Nutzungen man auf dieser Fläche sehen wolle. Dies müsse dann in einem zweiten Schritt über einen Bebauungsplan umsetzbar gemacht werden. Damals wäre, soweit er dies in Erinnerung

hätte, noch nicht klar gewesen, welche Nutzungen auf dieser Fläche untergebracht werden sollten und plötzlich seien die Kindergärten so dringlich geworden und alles andere sei nach hinten geschoben worden. Jetzt ginge die Kindergartennutzung raus, es müsse geklärt werden, welche Nutzung dort gewollt sei und dann würden sie mit dem Bebauungsplan aufsetzen.